

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstetten und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. sidd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Expeditoren, von der Expres-Compagnie, Scharrenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin, 20. Febr.** [Zum inneren Conflict in Preußen] bringt der „Staatsanzeiger“ in seinem „nicht amtlichen“ (!) Theile ein Schreiben des Minister-Präsidenten an den Präsidenten des Abgeordnetenhanfes, lautend wie folgt:

Nachdem das königliche Staats-Ministerium von Ew. Hochwohlgeboren gefälligen Schreiben vom 3., dem 10. und dem 16. d. Mts. durch mich Kenntniss erhalten, hat dasselbe beschlossen, die Annahme dieser Schriftstücke abzulehnen, weil die darin mitgetheilten Beschlüsse in der dem Hause der Abgeordneten durch die Verfassung beizulegenden Kompetenz nicht nur keine Begründung finden, sondern verschiedene Artikel der Verfassung ausdrücklich verletzen. Das Haus der Abgeordneten ist weder berechtigt, einen von Sr. Majestät dem Könige geschlossenen Staatsvertrag für rechtungsfähig zu erklären, noch richterliche Urtheilssprüche anzufordern, noch den Beamten der Exekutivgewalt Vorschriften zu ertheilen. Der Beschluss des Hauses vom 3. d. Mts. verletzt den Art. 48, der vom 10. d. Mts. den Art. 86, der vom 16. d. Mts. den Art. 45 der Verfassung.

Die königliche Regierung vermag über rechtswidrig gefasste Beschlüsse keine amtliche Mittheilung von dem Präsidium des Hauses entgegen zu nehmen, und beehre ich mich daher, Ew. Hochwohlgeboren die überreichten Ausfertigungen der Beschlüsse, betreffend das Herzogthum Leunburg, den Antrag des Freiherrn von Hoyerbed und die Petition des Classen-Kappellmann in den Anzügen wieder zuzustellen.

Berlin, den 18. Februar 1866.

Der Präsident des Staats-Ministeriums.
Graf von Bismarck.

So antwortet die preussische Regierung auf die Resolutionen der Majorität des Abgeordnetenhanfes! Welche Antwort, so muß man sich fragen, bleibt dieser liberalen Majorität darauf noch übrig? Wird sie endlich die richtige Antwort finden? Wir bezweifeln es; denn ihr fehlt der vor Allem nöthige Mutb, die Konsequenzen eigenen Thuns zu tragen. Consequent war bisher nur die Staatsregierung, und ihre Konsequenz nur die natürliche Folge des Verhaltens der Fortschrittler. Ist so ein Zustand je erhdrt gewesen? Das Abgeordnetenhaus beschuldigt beschlußmäßig wohl ein Dutzendmal das Ministerium der Verfassungsverletzung und nun erklärt, ebenfalls beschlußmäßig, das Ministerium, daß sich das Abgeordnetenhaus durch seine jüngsten drei Beschlüsse der Verfassungsverletzung schuldig gemacht habe, nicht nur das, das Ministerium weist die Annahme der Beschlüsse von sich und schiebt sie dem Präsidenten des Abgeordnetenhanfes zurück! Die Stunde der Entscheidung hat geschlagen. Die Verathungen haben bereits begonnen. In einer gestrigen Fraktions-sitzung beschäftigte man sich mit dieser neuesten Action des Ministeriums. Daß man aber nicht schon in dieser ersten Fraktions-sitzung zu einer Entscheidung gekommen — worauf man daraus schließen kann, daß noch nichts davon in die Oeffentlich-

keit gedrungen — dies ist schon charakteristisch genug. Doch warten wir es ab; es sollte uns freuen, wenn unsere Vermuthungen grundlos wären; schwerlich aber werden wir Gelegenheit dazu bekommen, denn die Fortschrittler sind und bleiben — Fortschrittler.

— [Die Untersuchungen in Betreff des Obertribunalsbeschlusses] resp. wegen Veröffentlichung der Mittheilungen über das Stimmenverhältniß des Gerichtshofes sind bereits eingeleitet, und zwar durch verantwortliche Vernehmung des Redakteurs der „Köln. Ztg.“, welche jene Notizen zuerst in die Oeffentlichkeit brachte. — So berichtet die „Augsb. Allg. Ztg.“; die „Köln. Ztg.“ selbst schweigt darüber.

— [Preussische Press-Schicksale.] Der Chefredacteur der „Krenz-Ztg.“ ist Seitens Seiner Neapolitanischen Er-Majestät mit dem Ritterkreuz Erster Klasse vom Verdienstorden Franz des Ersten geschmückt worden. Consciscirt dagegen sind: „Bürger- und Bauernfreund“ und „Preuss.-Litt. Ztg.“, neueste Nummern, wegen der in einem halben Hundert Preussischer Blätter unangefochten veröffentlichten, selber vom Telegraphenbeamten zu Gumbinnen ohne amtliches Bedenken weiterbeförderten Grußworte an Hen. v. Arnim. Ferner consciscirt: das „Brieger „Oberblatt“ vom 17. d., wahrscheinlich wegen eines Auszuges aus den Abgeordneten-sitzungen vom 9. und 10. Februar. Ferner consciscirt: die „Eibers. Ztg.“ vom 18. d. wegen einer Correspondenz aus Berlin. Ferner consciscirt: die am Sonnabend hier fällige Nummer der Leipziger „Deutschen Allg. Ztg.“ Freigesprochen in Ologau die „Niederschles. Ztg.“ auch in zweiter Instanz wegen eines das Abgeordneten-Fest betreffenden Artikels. Freigesprochen in Sorau die „Sorauer Ztg.“ wegen eines angeblich gegen §. 101 verstoßenden Artikels über die Stimmung in Holslein. Das Kreisgericht hatte erst auf Befehl des Frankfurter Appellationsgerichts die Anklage erhoben. Consciscirt in Berlin am 19. d. die Wiener „Presse“.

* **Wien, 19. Februar.** [Die Adresse des ungarischen Oberhauses. Abreise der Minister.] Die „Generalkorrespondenz“ enthält die Analyse des von der Adresscommission des ungarischen Oberhauses angenommenen Adressentwurfes. Der Entwurf hält sich eng an die Thronrede und äußert sich mit warmer Anerkennung für die Erhaltung des Bestandes der Monarchie und die Nothwendigkeit desselben; die Aufrechterhaltung und Kräftigung der Großmachstellung, die Nothwendigkeit konstitutioneller Regelung und Entwicklung der Verhältnisse in den übrigen Reichsländern wird nachdrücklich betont. Die Adresse spricht alsdann warmen Dank aus für die formelle Anerkennung der Gesetze von 1848, sowie die Zuversicht, daß die praktische Anwendung derselben nicht dauernd von der prinzipiellen Anerkennung zu scheiden sein werde. Der Entwurf schließt mit dem Wunsche nach einer verantwortlichen, nicht kollegialen Regierung und nach der Wiederherstellung der neu zu regelnden Municipien; bei den neuen Gesetzverfügungen sei billige Rücksicht auf alle Klassen, Religionen und Nationalitäten nothwendig. — Sämmtliche Minister gehen morgen nach Ofen ab,

um daselbst das königliche Reskript auf die Adresse des kroatischen Landtags unter dem Vorsitze des Kaisers zu beraten.

* **München, 18. Febr.** [Das Portefeuille des Ministeriums des Innern] ist dem seitherigen Direktor der Kreis-Regierung von Oberfranken, Herrn v. Bogel, übertragen worden.

Ausland.

* **Paris, 18. Febr.** [Tagesbericht: Die Senats-Adresse. Der preussische Botschafter. „Opinion Nationale.“] Heute überreichte die Deputation der Senatoren die Antwort-Adresse auf die Thronrede. Der Kaiser antwortete laut dem „Moniteur“:

Meine Herren Senatoren! Die Adresse des Senats ist ein bereicherter Commentar zu meiner Rede; sie entwickelt das, was ich nur angedeutet habe, sie erwidert Alles, was ich zu versehen geben wollte. Sie wünscht gleich mir die Stabilität, die vernünftige und fortschrittliche Entwicklung unserer Institutionen, die Verbesserung des Looses der größeren Masse, die unverkürzte Aufrechterhaltung der National-Ehre und Würde. Diese Uebereinstimmung ist eine Macht. Die moralische Welt, wie die physische gehorcht allgemeinen Gesetzen, die man nicht ohne Gefahr übertreten darf. Nicht dadurch, daß man täglich die Grundmauern eines Gebäudes erschüttert, beschleunigt man die Krönung desselben. Meine Regierung ist keineswegs stationär; sie rückt voran und sie will voran gehen; aber dies soll auf einer festen Unterlage geschehen, welche im Stande ist, die Gewalt und die Freiheit zu tragen. Lassen Sie uns den Fortschritt in allen seinen Gestalten zu Hilfe nehmen, doch bauen wir Stück für Stück die große Pyramide auf, deren Basis das allgemeine Stimmrecht und deren Spitze der civilisatorische Genius Frankreichs ist. Diese in Ihrer Adresse so vorzüglich ausgedrückten Gefühle haben mich lebhaft gerührt; sie sind des ersten Staatsbürgers würdig, welcher der wachsame Hüter der Verfassung, wie der in derselben beständigen Grundlage ist.

„Die Krönung des Gebäudes!“ Wenn nur überhaupt dies Gebäude, das so lange auf seine Krönung warten muß, eine solche verfrügte! Dies ist der fatale Hafen an der ganzen Geschichte. — Der Reise des preussischen Botschafters legt man hier allgemein eine tiefere Bedeutung bei. — Edmond About spricht sich in der „Opinion Nationale“ über die Erschlaffung des politischen Sinnes in Frankreich wie folgt aus:

Seitdem es gefährlich, über das, was man denkt, zu viel zu schreiben, ist es höchst vorteilhaft, zu schreiben, ohne zu denken, und das Publikum ist so allmählich von der Presse daran gewöhnt worden. Es kümmert sich immer weniger um Politik und findet Geschmack an dem hohen Zeug, das man ihm in tausend und tausend Journalen aufsticht. Alle ernstlichen Angelegenheiten werden in den Hintergrund geschoben und das Nichts macht sich überall breit. Unsere Leidenschaften wechseln den Gegenstand; die Strömung des öffentlichen Geistes verschiebt und verirrt sich. Ein Calambourg interessiert uns mehr, als eine Ministerrede; eine Straßenräuberin gewinnt die Bedeutung von zehn Staatsmännern; die Alcevenfragen verdrängen die Cabinetfragen; ein Dirnenball macht größeres Aufsehen, als ein Casus belli,

und eine Jahrmacktpreise spricht lauter zu unserem Ohr, als alle Kanonen von Nord- und Südamerika. Das Paris, das ehemals dem Weltall Ideen lieferte, schickt ihm jetzt nur noch Cancans (Klitschklatsch) zu. In Stockholm, Madrid, London und Florenz reißt man hastig unsere Zeitungen auf und liest alsdann, daß diese mit jene Personen im Cafe Anglais zusammen soupirt haben, daß der Delicatessenhändler K. der Mademoiselle H. keine Trüffel liefert, daß die kleine Loulou von den Folies Dramatiques dem jungen Prinzen Boupos nichts verlag, daß der Hund von Dennyer eine Pfote gebrochen und daß der Journalist Barbanchu fünf Tassen Kaffee im Piquet verloren hat. . . .

— 19. Febr. [Die Antwort des gesetzgebenden Körpers auf die Adresse. Mexikanisches.] In der heutigen Sitzung der Legislativen kam die Adresse auf die Thronrede zur Verlesung. In Bezug auf Rom heißt es in derselben: Die September-Konvention ist auf lokale Weise ausgeführt worden; sie ist eine neue Garantie für die weltliche Macht des Papstes, deren Erhaltung zur unabhängigen Ausübung der geistlichen Macht unentbehrlich ist. — In Bezug auf Mexiko drückt die Adresse die Genugthuung aus, daß die Expedition sich ihrem Ende nahe. Die Expedition wurde ohne jede eigennützige Absicht unternommen. Amerika kann wegen der Anwesenheit der Franzosen in Mexiko kein Mißtrauen hegen. Die Rückberufung der Truppen anderen Rücksichten unterordnen zu wollen, als denen, die wir auf uns selbst zu nehmen haben, wäre gegen die Ehre und die Rechte Frankreichs. Sie, Ihre, sind der Hüter derselben. Die Kammer weiß, daß Sie mit der Frankreichs würdigen Sorgfalt über dieselben wachen werden. — Die „Patrie“ meldet: Depeschen aus New-York theilen mit, daß Seward dem Kabinett den Entwurf einer Note über Mexiko vorgelegt habe. Einem Verächte zufolge hatte Amerika in dieser Note versöhnliche Absichten zu erkennen gegeben und zeigte sich geneigt, die Neutralität unter gewissen Bedingungen auszusprechen.

* London, 17. Febr. [Die Bewegung in Irland. Sir George Grey im Unterhause. Arbeiterwohnungs-Bill. Mexikanisches.] Als die Regierung der Vereinigten Staaten sich während des furchtbaren Bürgerkrieges genöthigt sah, an einzelnen Orten die Habeas-Corpus-Acte außer Kraft zu setzen, wiesen die englischen Gegner der Nordstaaten mit bitterem Hohn auf diesen Schritt hin; sie suchten ihn nicht nur als ungesetzlich und despotisch darzustellen, sondern benutzten mit Freude die Gelegenheit, den englischen Vertheidigern der Union in langen ironischen Artikeln über die gerühmte republikanische Freiheit Nordamerica's den Turt zu lesen. Diese Moralisten sind nun die Ersten, die Beschränkung der persönlichen Freiheit in Irland zu befürworten, wiewohl trotz

der bedenklichen Erscheinungen, welche die Feinere-Bewegung zu Tage gefördert hat, die irischen Zustände anerkannter Maßen der britischen Regierung noch keine Furcht für ihre Existenz einflößen. Daß aber die bisherigen Unruhen in Irland einen Vergleich aushalten könnten mit den Ausbeugungs-Tumulten in New-York oder den von SeceSSIONisten in Kentucky hervorgebrachten örtlichen Aufständen, wird Niemandem einfallen, zu behaupten. Wir wissen heute, daß an keinem Punkte Irlands während der letzten 24 Stunden Ungewöhnliches vorgefallen ist, ja, der Telegraph meldete seit drei Tagen nicht einmal neue Verhaftungen oder Waffenausfindungen, die doch seit mehreren Wochen an der Tagesordnung waren; trotzdem muß die Lage dem Lord-Statthalter, Lord Wodehouse, sehr bedenklich erschienen sein, daß er sich zu der Erklärung gedrungen sah, ohne Suspendirung der Habeas-Corpus-Acte für die Ruhe der Insel unmöglich einzustehen zu können. Und der Regierung hinwiederum müssen seine Gründe sehr dringlich erschienen sein, sonst hätte sie gewiß gern den Alarm vermieden, der durch die Einberufung außerordentlicher Sitzungen erzeugt worden ist. In der heutigen Unterhaus-Sitzung sprach Sir George Grey über die Entwicklung der fenischen Verschwörung. Er wies auf die anfängliche Unscheinbarkeit der Agitation hin, die sich erst nach und nach gekräftet und ausgebreitet habe, bis der Schluß des amerikanischen Bürgerkrieges ihr Muth gab, im Vertrauen auf die Hilfe der transatlantischen Brüder das Haupt führung zu erheben. Die gerichtlichen Maßregeln, die Verurtheilung vieler Verschwörer, hätten nun nicht mehr hingereicht, die „Irregulierten“ zur Besinnung zurückzuführen; selbst den Truppen sei der verderbliche Geist nicht fern geblieben. Nach Erschöpfung aller ihm zu Gebote stehenden Mittel habe der Lord-Statthalter sich deshalb in der traurigen Nothwendigkeit gesehen, die Ermächtigung zur Suspendirung der Habeas-Corpus-Acte auf sechs Monate nachzusuchen. Den Erfolg haben wir bereits gemeldet. — Da die Wohnungsnoth für die armen Leute hier wie überall immer größer wird, ist eine Bill, welche demnächst im Parlamente in Betreff dieses Gegenstandes erörtert werden wird, von besonderer Wichtigkeit. Sie ist von Mr. Childers eingebracht und hat den Zweck, daß der Staat zum Bau von zweckmäßigen Arbeiterwohnungen Geld zu 4 pCt. vorstrecke. Es soll dieses neue Gesetz nur für die volkreichen Städte Geltung haben, und soll nie mehr von Staatswegen vorgestreckt werden dürfen, als die Hälfte des Schätzungswerthes der aufzuführenden Gebäude; doch auch damit wäre schon ein großer Schritt gethan, weil bei solchen Erleichterungen Gemeinden und Privatleuten die Möglichkeit geboten wäre, zweckmäßige und dabei

erträgliche Zinshäuser für die ärmeren Klassen zu errichten. Man wird nun freilich fragen, ob die von Mr. Childers eingebrachte Bill durchgehen werde. Darauf ist zu antworten: Ganz bestimmt, soweit ihr Schicksal von der Regierung abhängt, die sie aus allen Kräften unterstützen wird. Ihre Tragweite, so bemerkte heute der „Economist“ kann eine größere werden, als das große Publikum vielleicht denkt. Denn schon jetzt lebt von der Bevölkerung Großbritanniens die Hälfte in Städten; davon 3 Millionen allein in London, dessen Einwohnerzahl das Doppelte von ganz Dänemark, das Dreifache von Griechenland, erreicht hat. Aber da weder London, noch irgend eine andere Stadt ursprünglich für große Massen angelegt worden ist, so folgt daraus, daß eine große Zahl von Uebelständen sich jährlich mehr in den Vordergrund drängt. Die Städte werden entweder Mittelpunkte für verberernde Seuchen, oder auch, es wird der Arbeiter, dem das Wohnen beinahe unmöglich gemacht wird, eines schönen Tages gewaltsam gegen seine Verdrängung Protest einlegen. Diesem Elende kann abgeholfen werden, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, Arbeiterquartiere zu bauen, die a) ihrem Zweck entsprechen und b) den Unternehmern anständigen Zinsenertrag in Aussicht stellen. (Natürlich!) Beides kann erreicht werden, wenn der Staat seine Hilfe als Kapitalist bietet (aha!) und es steht um so eher zu hoffen, daß Bauspekulanten sich ihrer gerne bedienen werden, als die Erfahrung (in London und andern englischen Städten) gezeigt hat, daß zweckmäßig gebaute Arbeiterhäuser sich mit 5-8 pCt. verzinsen. — Noch ist dazu zu bemerken, daß gestern ein Prospectus einer neuen Aktiengesellschaft ausgegeben worden ist, die den Titel Suburban Village and General Dwelling's Company führt, ein Kapital von 1 Mill. P. in 10 P.-Aktien aufnehmen und eine Speculation im Bau von Arbeiterquartieren vor der Hauptstadt machen will. — General Weigel hat am 31. Jan. positiv seine Entlassung erhalten. — Der spanische Consul hat in Begleitung eines Offiziers Mejia's Matamoros verlassen. Die New-yorker „Presse“ bespricht die Anklage, daß die französischen Truppen schon Vorbereitungen zur Räumung Mexicos treffen, in befriedigtem Tone als eine Bürgschaft für die Bewahrung des Friedens zwischen Frankreich und Amerika.

— 19. Febr. [Neuestes.] Im Oberhause hat die Bill, welche die Regierung ermächtigt, von sämtlichen irischen Telegraphendrähten Besitz zu ergreifen, alle Stadien der Verathung passiert. Hiezu ist zu bemerken, daß die Telegraphen-Verwaltung des ganzen vereinigten Königreichs sich in den Händen von Privat-Compagnieen befindet und die Regierung in gewöhnlichen Zeiten keinerlei Con-

Feuilleton.

Mängel des deutschen Parteiwesens.

(Aus dem deutschen Eidgenossen.)

Wäre es einzig mit Zeitungschreibern und Zeitungslern gethan, so hätte Deutschland wohl schon längst seine Freiheit und Einheit errungen. Mancher liest sich ja förmlich dumm. Was aber bloß die Grundzüge ist, auf der weiter fortgebaut, auf der das Haus selbst erst errichtet werden soll, das gilt Vielen bereits als Hauptsache, als Zweck an und für sich. Man liest, um sich zu unterhalten, um eine leere Neugierde zu befriedigen, höchstens, um sich in der Stille für sich selbst zu belehren und aufzuklären, nicht aber, um dem Gelesenen, sobald es nach gehöriger Prüfung sich als richtig und anwendbar erwiesen, auch die That folgen zu lassen.

So finden sich unter der Unzahl oft heißhungeriger Zeitungslerner verhältnißmäßig nur wenige, die sich an Partei-Bestrebungen eifrig betheiligen, eine förmliche Partei bilden oder einer schon bestehenden als wirkliche Mitglieder sich anschließen. Und doch läßt sich nur durch kräftige und festgegliederte Parteibildung, gefährlicher Macht und gewaltigen Hindernissen gegenüber, im Staat etwas ausdrücken! Was ist's nun, was so Viele vom entscheidenden Beitritt zu einer ihren eigenen Grundsätzen huldigenden Partei zurückhält? Theilweise unstreitig ein irgeleitetes und übertriebenes Selbständigkeitsgefühl. Man will — so lautet die schöne Redensart — sich nicht abhängig von einer Partei machen, sich die unbeeinflusste Anschauung der Dinge, die unparteiische Stellung be-

wahren. Das ist ungefähr so, als nähme Jemand Anstand, sich feste Grundsätze zu bilden und darnach zu handeln, nur um nicht abhängig von ihnen zu werden.

Wer in Staatsdingen den Nordamerikanern, den Engländern und Schweizern, wie billig und recht, vor der Hand noch den Vorrang vor uns Deutschen einräumt, dem sollte das Beispiel derselben sein vornehmtes Herabsehen auf alles Parteiwesen doch einigermaßen verdächtig machen. Bei jenen freien Völkern wird nicht leicht Jemand getroffen, wosfern ihm nur sonst nicht aller Sinn für des Vaterlandes Wohl abgeht, der sich nicht einer darauf hinielenden Partei thätkräftig anschließt.

Beschränken wir uns jetzt auf das Häufchen derer, die ein richtiges Verständniß für den Nutzen und die Nothwendigkeit förmlicher Parteibildungen mitbringen, so tritt uns auch hier manche betrieblende Erscheinung entgegen. Der Eine hält sich von einer Partei, deren Richtung er billigt, einzig nur deshalb fern, weil ihm das eine und andere Geücht darin nicht behagt, weil dieser oder jener, in irgend welcher Beziehung, ihm Mißtrauen einflößt. Einem Vereine, in welchem ein Solcher seinen Sitz hat, will er durchaus nicht angehören. Als ob eine Partei ein Freundschaftsbund wäre! Als ob der edelgesehnte Krieger nur mit lauter Tugendheben, rechts und links ihm zur Seite, ins Feld rücken wollte!

Ein Anderer forscht in den öffentlichen Glaubensbekenntnissen und Satzungen einer Partei, zu der er sich wenigstens dem Namen nach bekennt, mit dem Berggründungslos so lange emsig umher, bis er unter hundert Punkten endlich glücklich einige wenige, vielleicht auch nur einen einzigen, herausgefunden hat, mit dem er nicht übereinstimmt. Da wirft er sich denn sogleich als Ehren-

mann in die Brust: aus reiner Gewissenhaftigkeit könne er leider das vorliegende Glaubensbekenntniß nicht mit unterzeichnen, in einen Verein der Art sich als Mitglied nicht einreihen!

Daß beim Vorwiegen solcher wunderlichen Bedenken ein alleseitiges Zutretten vieler zu einem bestimmten äußern Zweck, d. h. die Bildung einer größeren einflussreichen Partei, rein zur Unmöglichkeit wird, bedarf nicht erst des Beweises. Uebrigens sind weitaus bei der Mehrzahl all jene Bedenken nicht einmal ernst gemeint; sie geben meist nur den Vorwand ab, hinter welchen Feigheit und Furcht, sowie kleinliche selbstsüchtige Rücksichten sich schlau vertriehen. Insbesondere schießt die Spießbürgerei vor den erforderlichen Opfern zurück, die jede Partei zur Erreichung ihrer Zwecke sich aufzuwerfen gezwungen ist.

Das Wörtchen „Opfer“ leitet den Blick jetzt auf Zustände im deutschen Parteiwesen, die nicht leicht sanfter und milder gedacht werden können. Einigermassen freilich mag die immer noch herrschende Ungewohnheit der Sache zur Entschuldigung dienen. Nichtsdestoweniger sollte man der Schamplerei nachgerade genug haben. Das bekannte „Gut und Blut“ — wie wohlst ihm in Festreden, aber wie theuer im wirklichen Leben! Unter dem Schallen der Schaumwein-Propfen räumen sich Tausende ihrer glühenden Freiheits- und Vaterlandsliebe, ihrer gemeinnützigen Absichten und Bestrebungen, und dabei darbt eine Anzahl von Männern, die viele Jahre hindurch treu und redlich für Recht und Vaterland gewirkt haben, oft noch immer in Elend und Noth.

Wenden wir uns — um Anderes zu übergehen — zum Zeitungswesen. Wer weiß nicht, wie manches dahin einschlagende, höchst förderliche Unter-